

Gleich stellen? Vielfalt leben!

Die Debatte um die Gleichstellung von Lebensweisen ist in den letzten Jahren auf die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe verkürzt worden. Gleichstellung heißt für uns, gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen für eine Vielfalt von Lebensentwürfen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und Transgendern. Im Rahmen des Aktionsplans muss diese Vielfalt queeren Lebens deutlich werden. In zahlreichen Bereichen sind zudem gesetzliche Veränderungen notwendig. So ist im Mietrecht zwar die Übernahme eines bestehenden Mietvertrages durch den/die Lebenspartner/-in gesichert – eine Wohngemeinschaft hingegen oftmals schutzlos.

Der §175 ist Geschichte: Die Folgen sind es nicht

Bis 1969 galt in der Bundesrepublik der §175 in der Nazi-Fassung von 1935. Erst 1994 wurde der §175 endgültig abgeschafft. Er war Grundlage für die Verfolgung tausender schwuler Männer und hat es ganzen Generationen unmöglich gemacht, ihr Leben selbstbestimmt und selbstbewusst zu leben. Bis heute gilt der §175 juristisch nicht als Unrecht – eine Entschädigung für Strafverfolgung und Haft gibt es daher nicht. Die Fraktion DIE LINKE setzt

sich dafür ein, dass es in NRW zu einer unbürokratischen finanziellen Entschädigung der Verfolgten kommt – nur warme Worte helfen nicht weiter.



NOCH FRAGEN?

Barbara Emser, Referentin für Gleichstellung, Frauen- und Genderpolitik
Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW

Telefon 0211 / 884 – 4639
Telefax 0211 / 884 – 3700

barbara.emser@landtag.nrw.de
www.linksfraktion-nrw.de

„Wir werden rekrutiert für Nationalismus und Militarismus. Gegenwärtig behaupten viele europäische Regierungen, dass unsere schwule, lesbische, queere Freiheit geschützt werden muss und wir sind gehalten, zu glauben, dass der neue Hass gegen Immigrantinnen und Immigranten nötig ist, um uns zu schützen. Deswegen müssen wir nein sagen zu einem solchen Deal.“

Judith Butler auf dem Berliner CSD 2010



HOMOPHOBIE BEKÄMPFEN

Gegen Sexismus, Ausgrenzung
und Diskriminierung.

Gleiche Rechte für Alle!

Fraktion DIE LINKE. im Landtag
von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 884 – 4618
www.linksfraktion-nrw.de

Titelfoto: flickr/intelligentinfo; Sticker: flickr/flatsj;
Innen: flickr/Roy Stead (links), flickr/Compton + Wright (rechts)
Druck: Mediendepot Ruhr (Duisburg) | V.i.S.d.P. Florian Kaiser

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

www.linksfraktion-nrw.de

Konsequent gegen Homophobie & Sexismus!

Mit einem Aktionsplan für Gleichstellung und gegen Homophobie will die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegen Diskriminierung vorgehen und die öffentliche Sichtbarkeit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und Transgendern im Land erhöhen. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW unterstützt diese Bemühungen und wird Druck machen, damit auch die folgenden Forderungen und Gesetzesinitiativen zur Gleichstellung und gegen Diskriminierung umgesetzt werden.

Kirchenmacht brechen – Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern

Die christlichen Kirchen, insbesondere die katholische, gehören nicht nur zu den Institutionen, die die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und Transgendern offensiv politisch bekämpfen. Sie sind einer der

größeren Arbeitgeber in NRW. Krankenhäuser und Sozialdienste, Schulen, Beratungsstellen, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und vieles mehr werden von Kirchen betrieben – und dabei in der Regel aus öffentlichen Geldern (und nicht wie oft angenommen durch die sog. Kirchensteuer) finanziert. Ein Beispiel: Allein die Stadt Düsseldorf zahlt den Kirchen in diesem Jahr über 57 Millionen Euro für deren soziale Arbeit und entsprechende Personalstellen. Doch für diese staatlich finanzierten Stellen sind Teile des Arbeitsrechts aufgehoben.



So findet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf kirchliche Arbeitgeber keine Anwendung. Folge: In Oberhausen wurde zum Beispiel eine Reinigungskraft in einer katholischen Kindertagesstätte entlassen, weil sie eine eingetragene Partnerschaft eingegangen ist. In Erftstadt wurde einem an einem staatlichen Gymnasium beschäftigten Lehrer, der Angestellter des Landes, nicht der Kirche ist, von der katholischen Kirche verboten, weiterhin Religionsunterricht zu erteilen. Er hatte zuvor die Doppelmoral der Kirche in Sachen Homosexualität angegriffen. Tausende Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle und Transgender sind bei kirchlichen Arbeitgebern in NRW beschäftigt – sie stehen unter ständigem Druck, ihre sexuelle Identität öffentlich zu verleugnen oder mit einer Kündigung rechnen zu müssen – und sei es, dass Homosexualität nur als Vorwand genommen wird, unliebsame Beschäftigte los zu werden.



Die Fraktion DIE LINKE fordert:

■ Alle Bestimmungen des Arbeitsrechts müssen auch für die öffentlich geförderten Stellen bei kirchlichen Trägern gelten.

Manche Ärzte sind nicht heilbar – konsequent gegen Scharlatane vorgehen

Erst 1992 strich die Weltgesundheitsorganisation WHO „Homosexualität“ aus der Liste der „Krankheiten“. Doch auch heutzutage gibt es immer wieder Ärzte/-innen und Psychologen/-innen, die mit mehr als zweifelhaften Methoden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle und Transgender „heilen“ wollen. Immer noch gibt es Eltern, die ihre jugendlichen Kinder im Coming-out zu solchen Behandlungen zwingen, immer noch gibt es Menschen in Lebenskrisen, die sich in ihrer Verzweiflung an Anbieter/-innen solcher Therapien wenden. Auch hier ist nach Meinung der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW der Gesetz-

geber gefordert. Wer als Mediziner/-in „heilen“ will, was keine Krankheit ist, muss sein ärztliche Zulassung verlieren. Zudem gibt es immer noch Ärzte/-innen, die sich weigern, HIV-Infizierte zu behandeln.

Gute Worte und Kampagnen allein werden diese Situation nicht ändern. Wer seinen Verpflichtungen als Arzt/Ärztin nicht nachkommt, wer sich der Scharlatanerie verschreibt, sollte nicht weiter praktizieren dürfen. Entsprechende gesetzliche Regelungen müssen geschaffen werden.

Solidarität statt Lobbypolitik

„Gleiche Rechte für alle Menschen“ – unter diesem Motto setzt sich die Landtagsfraktion DIE LINKE nicht nur gegen Homophobie ein, sondern ebenso gegen Rassismus, Sexismus, Neofaschismus und Antisemitismus. Auch die unterschiedlichen Kämpfe um Emanzipation und bessere Lebensbedingungen hängen eng zusammen und können nur miteinander erfolgreich sein. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW setzt sich dafür ein, dass im Rahmen des Aktionsplans für Gleichstellung und gegen Homophobie auch ein Nachdenken innerhalb der community angeregt wird. Rassistische Klischees gibt es auch bei Schwulen und Lesben, Frauenfeindlichkeit ist nicht nur heterosexuellen Männern vorbehalten. Ein akzeptierender Umgang mit Transsexuellen, Intersexuellen und Transgendern ist selbst in der Szene immer noch nicht selbstverständlich.

